

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 39. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 23. Mai 2012
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Cedric Roos, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Ines Weihrauch, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Peter Brack, Lukas Brügger, Kurt Kneier, Jürg Vogt

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 25.04.2012, zum Postulat von Jérôme Mollat, FDP-/GLP-Fraktion, vom 14.09.2009, betreffend **Installation einer thermischen Solaranlage auf dem Flachdach des Schulzentrums Neualschwil**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3894 / A
2. Bericht des Büro des Einwohnerrates vom 07.05.2012, zum Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 14.12.2011, betreffend **Jüngstes Ratsmitglied bei Legislaturbeginn einbinden**
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 4036 / A

3. Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 24.05.2011, betreffend
Papiersammlung durch Vereine
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4008 / A

4. Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 20.01.2012, betreffend
Mietzinsgarantieleistungen für Sozialbezüger durch die Gemeinde Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4040 / A

5. Postulat von Andreas Bammatter, SP-/EVP-Fraktion, vom 23.01.2012, betreffend
„Projekt Skulpturenpfad Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4048

6. Postulat von Rahel Balsiger, FDP, vom 25.01.2012, betreffend
**Erweiterung des Konzeptes „Standorte der Wertstoffsammelstellen“
um einen Standort im Bereich Lindenplatz**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4052

7. Motion von Julia Gosteli und Nedim Ulusoy, Grüne, vom 25.05.2011, betreffend
Reglement zur Fondsäufnung
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 4024

8. Motion von Josua M. Studer, SD, vom 19.03.2012, betreffend
Neue Mikrofonanlage in der Aula Lettenweg
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4059

9. Postulat von Simon Zimmermann, SVP, vom 22.03.2012, betreffend
„Wilde-Plakatierung“ in der Gemeinde Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4063

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 39 vom 23. Mai 2012

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Cedric Roos

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Cedric Roos, Präsident: Wir beginnen mit der heutigen Sitzung vom 23. Mai 2012, meine drittletzte Sitzung für dieses Jahr.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Ich bitte darum, die Diskussionen nach Aussen zu verlegen, damit der Lärmpegel sinkt. Uns liegt ein Bericht des Einwohnerrates in der neuesten Fassung vor. Dieser ersetzt alle bisherigen Fassungen, die wir bis jetzt erhalten haben. Es geht um die Überführung des freiwilligen öffentlichen Kindergartens in ein definitives Angebot. Vorstösse sind folgende eingegangen: Geschäft 4070, dringliche Interpellation der CVP betreffend Zwangsverschiebung ohne Ende. Wünscht jemand von der CVP das Wort? Das ist nicht der Fall, somit stimmen wir über die Dringlichkeit der Interpellation ab.

://:

Die Dringlichkeit ist angenommen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Es tut allen gut, wenn wir ein paar Minuten Zeit haben, um dies durchzugehen.

Peter von Arx, FDP/GLP-Fraktion: Wir sollten zuerst die Sachen durchlesen und erst nachher entscheiden. Ich bitte auch um ein bisschen Nachsicht, und dann können wir darüber abstimmen. Ich hoffe, der Rat ist damit einverstanden.

Cedric Roos, Präsident: Der Rat hatte in der Mehrheit die Zeit nicht, um sich mit den dringlichen Vorstössen zu befassen. Sofern keine Gegenanträge vorliegen, beschliesse ich zwei Minuten Pause, das sollte reichen.

Wir fahren mit der Sitzung fort, ich nehme an, Sie hatten genug Zeit, um die drei Vorstösse durchzulesen. Das Geschäft 4070 haben wir als dringlich erklärt. Gibt es dazu ein Rückkommen? Das ist nicht der Fall, somit ist es immer noch dringlich. Wir kommen zum Geschäft 4071, ebenfalls ein dringliches Postulat der CVP betreffend Abfederung negativer Begleiterscheinungen der Schulortzuteilung. Wünscht die CVP das Wort dazu? Das ist nicht der Fall, somit stimmen wir über die Dringlichkeit ab.

://:

Die Dringlichkeit wird grossmehrheitlich angenommen.

Wir haben ein weiteres dringliches Postulat von SP/EVP/GLP/Grünen/SD/SVP zum gleichen Thema Schulortzuteilung. Wünscht jemand der genannten Parteien das Wort?

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Das Ziel von dem war, dass wir einen Vorstoss machen. Wir haben es frühzeitig eingereicht, die einzelnen Fraktionen haben dies besprochen. Die Dringlichkeit ist dann gegeben, wenn ein Thema wichtig oder zeitnah ist. Die CVP konnte sich erst am Dienstag entscheiden, dass sie etwas Eigenes machen und nicht auf dieser Liste sein möchten. Die FDP hat klar signalisiert, dass einige Leute für die Dringlichkeit sind und andere nicht. Am Feuerwehrtreffen haben wir besprochen, der CVP-Präsident, der FDP-Präsident und ich, dass wir etwas in die Wege leiten werden. Von der FDP hat noch Kathrin Gürtler unterschrieben, dies als Information. Ich finde es toll, dass wir hier gemeinsam etwas gemacht haben. Ich unterstütze die Dringlichkeit der CVP, finde es aber schade, dass wir uns nicht vorher einigen konnten und wir nun hier drei Vorstösse haben. Dringlich hat der Gemeinderat das Thema halt nun drei Mal in verschiedenen Varianten. .Eigentlich wäre es seine Aufgabe gewesen, dies zu machen und nicht unsere.

Cedric Roos, Präsident: Wir stimmen über die Dringlichkeit des Postulats ab.

://:

Die Dringlichkeit wird grossmehrheitlich angenommen.

Damit haben wir zwei Mal das gleiche Thema. Wir werden es nach der Pause behandeln, vielleicht können sich die Parteien in der Pause noch zu einem gemeinsamen Vorschlag durchbringen.

Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig verschickt wurde. Ich frage den Rat an, ob die Traktandenliste bestritten ist oder ob es Änderungsvorschläge gibt. Das ist nicht der Fall, somit ist die Traktandenliste in vorliegender Form genehmigt.

660 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 25.04.2012, zum Postulat von Jérôme Mollat, FDP-/GLP-Fraktion, vom 14.09.2009, betreffend Installation einer thermischen Solaranlage auf dem Flachdach des Schulzentrums Neuallschwil
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3894 / A

Christoph Morat, Gemeinderat: Am 14. September hat Jérôme Mollat ein Postulat eingereicht und meinte, dass wir prüfen sollen, ob man das Dach auf dem Schulhaus brauchen könnte, um das warme Wasser aufzubereiten, welches man in dem Turm/Sport/Schwimmkomplex brauchen könnte. Wir sind dieser Aufgabe voller Enthusiasmus nachgekommen und haben die verschiedenen Fakten angeschaut. Wir haben dann gemerkt, dass wir nicht ganz genau wissen, wer alles Verbraucher ist und welcher Verbraucher wie viel Energie bezieht. Aus diesem Grund haben wir im Budget 2010 nochmals einen Betrag eingestellt und haben Messungen durchgeführt. Diese Messungen haben Ergebnisse gebracht und aufgrund dessen hat das renommierte Ingenieurbüro Waldhauser Haustechnik in Basel eine Machbarkeitsstudie dieser Solaranlage vorgenommen. Das haben sie gemacht, gewissenhaft geprüft und sie sind auf die einzelnen Faktoren eingegangen. Sie kamen dann zum Schluss, dass es sehr hohe Investitionskosten geben wird und leider nur eine Einsparung von rund CHF 2000 pro Jahr. Das heisst, wir bräuchten rund 150 Jahre, um es zu amortisieren. Wenn man 15 Jahre Amortisationszeit rechnet, dann hätten wir nur rund 10% der Gesamtinvestitionskosten amortisiert. Wieso so wenig Einsparung? Ich bin nicht Ingenieur, ich habe mir aber die Mühe gemacht, dies auszurechnen. Man rechnet mit der Gesamtenergiezahl von rund 58 Megawatt pro Jahr. Wenn man von den CHF 2000 ausgeht mit einer Annahme von rund 7 Rappen pro Kilowattstunde, dann werden ungefähr 49% der Energie abgedeckt. Die anderen 51% ist Winter, kalt, bewölkt, nachts etc. und somit kann keine Sonnenergie gewonnen werden. Diese Zahlen möchte ich nicht weiter hinterfragen, weil dies ein versiertes Ingenieurbüro ist. Die Antwort des Gemeinderates ist dementsprechend kurz. Aufgrund des schlechten Kosten/Nutzen-Verhältnisses müssen wir die Thematik der Brauchwassererwärmung leider ad acta legen. Der Gemeinderat ist in einer Potentialstudie über Solaranlagen daran zu überprüfen, welche Dächer sich eignen, um mit Solarenergie zu arbeiten. Es gäbe allenfalls die Möglichkeit von Photovoltaik, dass man auf den Dächern Strom erzeugen könnte. Das Ingenieurbüro Waldhauser ist da aber auch nicht sehr zuversichtlich, weil das Dach Liftüberfahrten hat. Und alle Aufbauten auf einem Dach sind grundsätzlich nachteilig und können darum nicht als besonders attraktiv gelten, weil der Schattenwurf die Effizienz einer solchen Anlage sehr stark in Frage stellt. Ich stehe selbstverständlich für weitere Fragen zur Verfügung und ich möchte Ihnen beliebt machen, die Anträge des Gemeinderates in diesem Sinne zu beschliessen.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat für die Entgegennahme und die vertiefte Prüfung meines Postulats. Ich muss jetzt auch feststellen, dass diese Solaranlage bei einer Amortisationsdauer von 150 Jahren völlig unwirtschaftlich wäre. Ökologie ja, aber auch nicht um jeden Preis. Ich und wir von der FDP sind davon überzeugt, dass man die CHF 300'000 für andere, auch ökologische Projekte sinnvoll nutzen kann. Darum bin ich damit einverstanden, dass dieses Postulat als erledigt abgeschrieben wird.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Wir haben ein bisschen Pech mit dem Schulzentrum. In der letzten Sitzung hatten wir es von den Wasserkreisläufen, dort hiess es, dass es konstruktionsmässig nicht möglich sei. Wenn es möglich wäre, dann kostet es viel Geld. Hier haben wir wieder eine Investition, die sich nicht rentiert. Wir nehmen das zähneknirschend entgegen. Beim neuen Schulhaus wäre es dann schön, wenn alles funktionieren würde, damit wir diesen Teil auch investieren können und damit auch Vorbild sind für die kommende Generation, die dort jeden Tag ein und ausgeht. Schade geht die zweite Sache, die wir in dieser Richtung machen wollten, auch nicht.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich habe mich vor allem gefreut über den Satz: Die Nutzung der Solarenergie ist insbesondere im Zuge von Gebäude-Neuerstellungen eine sinnvolle Angelegenheit. Ich habe eine Frage an den Gemeinderat. Das Dach des neuen Feuerwehrmagazins wird für solche Zwecke vermietet, soweit mir dies bekannt ist. Hat man dort nicht schon daran gedacht, dies selber zu nutzen? Ich bin beim neuen Schulhaus nicht sehr involviert, möchte aber wissen, ob man dies auch ins Auge fasst.

Christoph Morat, Gemeinderat: Im Augenblick ist eine Potentialstudie über sehr viele Dächer in Allschwil, die im gemeindeeigenen Besitz sind, in Arbeit. Da steht auch zur Debatte, dass man selber investiert. Man muss allerdings von sehr hohen Investitionskosten ausgehen. Man kann ein bisschen Geld verdienen über die Jahre, aber es ist nicht jedes Dach genau gleich geeignet. Wir werden von Fall zu Fall entscheiden. Wichtig ist, dass wir Solarenergie mit einer fremden oder einer eigenen Anlage brauchen und dass wir die unendliche Sonnenenergie anzapfen und einem guten Zweck zuführen, sei das Stromerzeugung oder Warmwasseraufbereitung. Wir werden bei allen neu zu erstellenden Bauten immer wieder prüfen, welches die effizienteste Art und Weise ist und dem Einwohnerrat darüber berichten. Wir werden in der nächsten Zeit einiges bauen, nicht nur das neue Schulhaus. Es gibt diverse Kindergärten, die erstellt werden. Sie haben das zur Kenntnis genommen im Rahmen des Gesamtkonzepts "Unser neues Schulhaus", da war auch die Rede von Kindergärten. Wir werden dies selbstverständlich immer wieder prüfen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die physikalischen Naturgesetze haben den Nachteil, dass sie sich im Gegenteil zu den politischen Gesetzen, nicht abändern lassen. So müssen wir akzeptieren, dass diese Anlage, die eigentlich sinnvoll wäre, nicht rentabel ist. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass wir dem Antrag des Gemeinderates Folge leisten sollen.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

Andreas Bammatter, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Antwort des Gemeinderates

3. Anträge

Cedric Roos, Präsident:

1. Aufgrund des schlechten Kosten-/Nutzenverhältnisses ist die Thematik der Brauchwasser-Erwärmung mittels einer thermischen Solaranlage auf dem Flachdach des Schulzentrums Neuallschwil nicht weiter zu verfolgen.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Das Postulat Nr. 3894 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

661 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Büro des Einwohnerrates vom 07.05.2012, zum
Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 14.12.2011, betreffend
Jüngstes Ratsmitglied bei Legislaturbeginn einbinden
Geschäftsvertretung: Büro ER, Geschäft 4036 / A

Cedric Roos, Präsident: Ich kann mich kurz fassen, der Bericht ist auch kurz. Im Rahmen der Gesamtrevision, die der Einwohnerrat am 18. April 2012 beschlossen hat, verzichtet das Büro auf die Ausfertigung eines fertigen Vorschlags zum jetzigen Zeitpunkt. Dies obliegt dem neuen Parlament und dem neuen Büro, das darüber beschliessen wird. Wir haben aber trotzdem für die Legislatur 12-16 sinngemäss aufgegleist, was verlangt wurde. Dies können Sie unseren Anträgen entnehmen. Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Rolf Adam, 1. Vizepräsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Josua Studer, SD, fraktionslos: Herzlichen Dank ans Büro, dass ihr euch diesem Thema angenommen habt. Die Überlegungen sind gut, ich finde es einen gangbaren Weg. Ich freue mich darauf, dass dies jetzt bereits zur Anwendung kommen wird und wünsche gutes Gelingen dem Jüngsten für diese Rede.

Peter von Arx, FDP/GLP-Fraktion: Wir haben das miteinander diskutiert und wir sind zum Schluss gekommen, dass es eine gute Sache ist und dass man dem jüngsten Mitglied die Möglichkeit geben sollte, zu reden. Wir sind aber der Ansicht, dass es auf freiwilliger Basis sein soll und nicht als Zwang. In der neuen Reglementscommission bzw. im neuen Einwohnerreglement sollte dies geregelt werden, dass es nicht dispositiv ist, sondern freiwillig. Uns war es fremd, dass jemand, der frisch und als jüngstes Mitglied hier drin ist, den Betrieb nicht kennt, plötzlich aufstehen und zwangsmässig reden muss.

Josua Studer, SD, fraktionslos: Anscheinend wurde das von der FDP falsch verstanden. Der Jüngste ist nicht nach Dienstalder gemeint. Das älteste Ratsmitglied eröffnet die Sitzung und wenn dies ein neu gewählter ist, dann kommt der zum Handkuss. Es geht um das Alter, nicht um das Dienstalder.

Andreas Bammatter, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Stellungnahme des Einwohnerratsbüros

3. Anträge

Rolf Adam, 1. Vizepräsident:

3.1 Der Bericht des Büros des Einwohnerrates wird zur Kenntnis genommen.

://:

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

3.2 Das jüngste Ratsmitglied erhält für die konstituierende Sitzung der Legislatur 2012 – 2016 das Recht, eine Antrittsrede vor dem Gemeindeparlament zu halten.

://:

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

3.3 Das Recht des jüngsten Ratsmitglieds, bei Legislaturbeginn eine Antrittsrede zu halten, wird im Rahmen der Gesamtrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates (beschlossen am 18.04.2012) umgesetzt.

://:

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

3.4 Das Verfahrenspostulat Nr. 4036 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

662 Einwohnerrat

Traktandum 3

Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 24.05.2011, betreffend
Papiersammlung durch Vereine
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4008 / A

Josua Studer, SD, fraktionslos: Ich habe diese Interpellation gestellt, weil man immer wieder gesehen hat, wie die Jungen auf Fahrzeugen herumturnen während den Sammlungen. Diese Fahrzeuge werden von Firmen gestellt und es kann gut sein, dass eine Firma ihre Firmenfahrzeuge so eingelöst hat, dass sie nur für Firmenzwecke verwendet werden dürfen und somit versichert sind. Es war mir bewusst, als ich die Frage aufgeworfen habe, dass es vom rechtlichen Aspekt her sein könnte, dass diese Vereine evtl. keine Papiersammlungen mehr durchführen können. Das war aber nicht das Ziel. Mit der Beantwortung des Gemeinderates bin ich beruhigt, es wird nichts passieren. Man hat die Situation analysiert, festgestellt, dass die Gemeinde nicht in der Pflicht ist und hat mit den Vereinen Kontakt aufgenommen. Diese Vereine sind sich bewusst, dass sie diese Vereinsversicherung haben müssen. Die meisten Vereine, die ich kenne, haben solche Versicherungen. Mir ging es darum abzuklären, wie fest die Gemeinde involviert wäre bei einem Schadenfall. Jetzt haben wir dies schriftlich und juristisch abgeklärt. Ich bin glücklich über die Antwort und ich bedanke mich herzlich.

Cedric Roos, Präsident: Es gibt keine Anschlussfragen, damit ist die Interpellation beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben.

663 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 20.01.2012, betreffend

Mietzinsgarantieleistungen für Sozialbezüger durch die Gemeinde Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4040 / A

Josua Studer, SD, fraktionslos: Ich bedanke mich für die schriftliche Beantwortung. Es ist immer wieder ein grosses Thema bei uns in der Sozialbehörde, was dies anbelangt. Nun haben wir Fakten in der Hand und dafür bedanke ich mich.

Semra Wagner, SP/EVP-Fraktion: Ich habe diese Beantwortung mit grossem Interesse gelesen, weil ich bei der Sozialhilfe Basel-Stadt arbeite, wie Sie wissen. In Basel-Stadt wird bei der Sozialhilfe nie ein Mietzinsdepot bezahlt. Da darf niemand kommen und sagen, er wolle ein Mietzinsdepot einrichten. Ich finde es schade, dass die Versicherungen, die zur Verfügung stehen, sei das SwissCaution oder die Edith Maryon Stiftung, nicht oder nur zum Teil angewendet werden. Das gibt mir das Gefühl, dass unsere Sozialarbeiter auf der Gemeinde ihre Arbeit nicht richtig erfüllen. Da müssen mehr Informationen gegeben werden. Diese Versicherung ist da und die übernimmt die Schäden, die entstehen würden und würde dies von den Sozialhilfebezügern in Raten zurückverlangen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Sie reden vom Sozialdienst Basel-Stadt. Wir sind im Kanton Baselland und wir haben ein anderes Sozialhilfegesetz. In diesem Sozialhilfegesetz ist es ganz klar, dass man sowohl ein Depot leisten muss oder eine Versicherung bezahlen muss. Wenn man das ändern möchte, dann muss ein Landrat dies in Liestal beantragen und dann kann man das allenfalls ändern. Wir haben auch lieber eine Versicherung, aber es gibt solche, die das nicht wollen. Viele sind privat, sie sind in der Beantwortung auch aufgeführt. Viele Vermieter möchten bares Geld, das sind zum Glück wenige. Das steht so im Sozialhilfegesetz des Kantons Baselland, sodass wir das leider so handhaben müssen. Ich wäre auch froh, es wäre anders.

Cedric Roos, Präsident: Der Interpellant ist zufrieden mit der Antwort und das Geschäft wird als erledigt abgeschlossen.

664 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Postulat von Andreas Bammatter, SP-/EVP-Fraktion, vom 23.01.2012, betreffend
„Projekt Skulpturenpfad Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4048

Cedric Roos, Präsident: Der Gemeinderat empfiehlt Entgegennahme. Gibt es einen anders lautenden Antrag?

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion können uns mit diesem Postulat nicht so erwärmen, weil wir der Meinung sind, dass eine Beschränkung auf Skulpturen zu wenig hergibt, um etwas wirklich Effizientes zu machen. Wir könnten uns mit dem Postulat einverstanden erklären, wenn man anstatt Skulpturenpfad sagen würde, wir machen einen Kulturpfad oder einen Kulturführer, wo auch wertvolle Bauten, beispielsweise das Heimatmuseum oder die Mühle, besichtigt werden könnten. So hätten wir einen weiteren Fächer und müssten es nicht nur auf Skulpturen beschränken.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich habe mich sehr gefreut, dass der Gemeinderat dies annehmen möchte. Wie ich ausgeführt habe, kann es eine Zusammenarbeit sein mit der Wirtschaft, mit Kunst- und Kulturvereinen. Wir haben etwas im Wald, das war das eine. Wir könnten jetzt einen Skulpturenpfad machen und wir können dann auch noch den Mühlebaupfad machen, wenn das nötig sein sollte. Man muss ja nicht alles aufs Mal machen. Es gibt viele Gemeinden in der Schweiz und in Norddeutschland, die das haben. Da könnte man einen Start machen und ich würde jetzt nicht alles da

rein verpacken, ansonsten könnte man auch den Wald dazu nehmen. Ich schlage vor, dass wir den Weg gehen mit dem Postulat. Der Gemeinderat soll prüfen und berichten. Wenn der Gemeinderat berichtet, dann können wir hier zusammen beschliessen, was wir machen. Sollte die Mühle drauf sein, können wir immer noch darüber streiten, ob wir das dann wollen oder nicht. Ich bitte Sie jetzt das Postulat zu überweisen.

Josua Studer, SD, fraktionslos: Ich bin ein bisschen erstaunt, dass man grad mehr möchte, als gefordert. Es hätte auch umgekehrt sein können und das Postulat hätte auch die anderen Sachen mit drin gehabt. Dann hätte es geheissen, es sei ein Paket und das sei nicht gut. Es geht um ein Postulat und ich denke, wenn der Gemeinderat findet, dass es mehr drin haben sollte, als nur die Skulpturen, dann wird er mit diesem Vorschlag kommen. Dann könnt ihr das dann noch immer richtig behandeln. Wenn der Gemeinderat für Entgegennahme ist, dann sollten wir uns nicht dagegen stellen. Ich bitte darum, keinen Gegenantrag zu stellen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Uns war wichtig, dass es zur Sprache kam und dass der Gemeinderat zur Beantwortung des Postulats dies berücksichtigt. In diesem Sinne ziehen wir unseren Gegenantrag zurück.

Cedric Roos, Präsident: Dem Rat liegt kein Gegenantrag vor, somit ist dieses Geschäft an den Gemeinderat überwiesen.

665 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Postulat von Rahel Balsiger, FDP, vom 25.01.2012, betreffend
Erweiterung des Konzeptes „Standorte der Wertstoffsammelstellen“
um einen Standort im Bereich Lindenplatz
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4052

Cedric Roos, Präsident: Der Gemeinderat empfiehlt Entgegennahme. Gibt es andere Anträge aus dem Einwohnerrat? Das ist nicht der Fall, somit ist dieses Geschäft an den Gemeinderat überwiesen.

666 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Motion von Julia Gosteli und Nedim Ulusoy, Grüne, vom 25.05.2011, betreffend
Reglement zur Fondsäufnung
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 4024

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Bei diesem Postulat war es komisch, wie aufwändig es war zu den korrekten Informationen zu gelangen. Wir haben zuerst den Jurist in Allschwil angefragt, der konnte uns nicht gut weiterhelfen. Daraufhin habe ich mit Herrn Schwörer in Liestal telefoniert. Ich habe mit ihm mehrmals gemailt und telefoniert. Laut seiner Auskunft ist es so, dass, bis HRM2 in Kraft tritt, die Gemeindefinanzverordnung vom November 1998 Gültigkeit hat. In dieser wird die Äufnung eines Fonds mit Steuermitteln nicht verboten. Darum dürfte der Einwohnerrat durchaus ein Reglement beschliessen, die die Vorfinanzierung auch durch Steuern vorsieht. Zu erwähnen ist, dass ein Fonds ein gängiges Finanzierungsmodell ist. Es gibt dies in Aesch, in Basel und glaub auch beim Jugendfreizeithaus, da bin ich aber nicht ganz sicher. Der Fonds hat den Vorteil, dass man schnell auf gewisse Begehren reagieren kann. Begehren hören natürlich gewisse Leute nicht so gern. Eine zügige und unkomplizierte Umsetzung

ist dann besser möglich, ohne ein Postulat einzureichen. Es ist schade, wenn es keine unkomplizierte oder flexible Möglichkeit gibt, um nachhaltige Energieprojekte zu ermöglichen. Wenn HRM2 in Kraft tritt, muss der Einwohnerrat das Reglement, wenn er das jetzt beschliessen würde, entsprechend abändern und die Vorfinanzierung auf zweckgebundene Mittel von Dritten beschränken. Das kann eine Schenkung oder ein Legat sein. Da dies für die knappen zwei Jahre leider keinen Sinn macht, ziehen wir diese Motion zurück. Wir Grünen halten aber daran fest, dass wir der Meinung sind, dass die Mehrkostendifferenz bei energieeffizienten und nachhaltigen Geräten respektive Projekten der Gemeinde finanziert werden soll. Das Geschäft hätte vor vier Wochen im Einwohnerrat behandelt werden, da konnte man auch im Radio hören, dass im Bundesrat dieses Thema sehr wichtig ist. Wir ziehen das Geschäft jetzt zurück und wir werden ein neues Postulat einreichen.

Cedric Roos, Präsident: Die Motion wurde zurückgezogen und hat sich somit erledigt.

667 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Motion von Josua M. Studer, SD, vom 19.03.2012, betreffend
Neue Mikrofonanlage in der Aula Lettenweg
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4059

Christoph Morat, Gemeinderat: Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen diese Motion aus zwei Gründen nicht zu überweisen. Der erste Grund spricht für sich selber, die Anlage gehört nicht mehr uns. Die Anlage gehört zur Betriebseinrichtung der Aula und die Aula ist im letzten Jahr in Besitz des Kantons übergegangen. Wir sind nicht mehr verantwortlich für den Ersatz und den Unterhalt der Anlage. Wir machen einfach ein Telefon mit dem Kanton und sagen, dass es nicht mehr funktioniert und bitten darum, dass es wieder funktionieren soll. Wir werden uns im Zusammenhang mit dem neuen Schulhaus um eine neue Mikrofonanlage kümmern, wenn wir in der neuen eigenen Aula 2016 hoffentlich unsere Einwohnerratssitzungen abhalten mit einer eigenen funktionierenden Funk-Mikrofonanlage oder was dann auch immer Stand der Technik ist. Hugo Gloor baut sehr gewissenhaft die Mikrofonanlage auf und prüft sie. Er hat nicht feststellen können, dass technische Defekte da sind. Es ist so, dass man die Mikrofone unten am Sockel anfassen sollte und nicht oben, weil es sonst zu einem Wackelkontakt kommen könnte, dann funktioniert das Mikrofon beim Einschalten nicht grad sofort. Aus diesem Grund bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Josua Studer, SD, fraktionslos: Ich kann diesen Ausführungen Folge leisten. Ich wusste natürlich nicht, dass gerade sämtliches Inventar auch dem Kanton geschenkt wurde, dem geht es ja sehr gut. Der Kanton sollte über seine Bücher und alles aufdatieren, was er geschenkt bekommt, dann hat er vielleicht eine bessere Rechnung. Auch eine Funkanlage könnte sich die Gemeinde grundsätzlich jetzt bereits anschaffen. Dadurch müsste Hugo Gloor weniger Kabel verlegen und es gäbe weniger Stolperfallen. Die nächste Räumlichkeit ist ja bald da, und aus Produktivität ziehe ich diese Motion zurück.

Cedric Roos, Präsident: Diese Motion wurde zurückgezogen, damit hat sich das Geschäft erledigt.

668 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Postulat von Simon Zimmermann, SVP, vom 22.03.2012, betreffend
„Wilde-Plakatierung“ in der Gemeinde Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4063

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Der Postulant möchte geprüft haben, ob die Plakatierung stark eingeschränkt werden soll und ob zweitens die bisherigen erlaubten Standorte für die freie Plakatierung aufgehoben werden sollen. Drittens soll geprüft werden, ob stattdessen zusätzliche Plakatständer beschaffen und bereitgestellt werden sollen als Kompensation für die bisherige freie Plakatierung. Der Gemeinderat ist aus folgenden Gründen dagegen: Der Gemeinderat hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Parteien eine Selbstregulierung getroffen haben und sich geeinigt haben, dass man sich beschränkt auf die bisher erlaubten Standorte und auf die bisher wilde nicht gestattete Plakatierung verzichten möchte. Der Gemeinderat hat diesen Ball aufgenommen und hat vor rund einem Monat meinem Departement den Auftrag erteilt, die Reklameverordnung der Gemeinde Allschwil anzupassen, sodass es klar festgehalten wird, was erlaubt ist und was nicht, und was passiert, wenn man sich nicht daran hält, mit einem konsequenten Vollzug und konsequentem Einfordern der Unkosten, die entstehen, wenn die Gemeinde Plakate entfernen muss an Stellen, wo sie nicht hingehören. Dieser Auftrag wurde erteilt und dies ist die Fortsetzung der Selbstregulierung. Wir nehmen den Ball auf und möchten dem Einwohnerrat zu einem späteren Zeitpunkt dies vorlegen und beliebt machen, dass man es jetzt so regelt, damit die Selbstregulierung unter den Ortsparteien nachher auch verbindlich wird für alle regionalen und kantonalen Komitees, die von dieser Selbstregulierung keine Kenntnis haben und auch kein Interesse haben, sich daran zu halten. Wir sind hier bereits auf dem richtigen Weg, sodass wir dies weiter verfolgen, was Sie bereits in einem Gentle Agreement vereinbart haben. Da möchten wir Sie stützen. Die Forderung des Postulats geht aber sehr viel weiter. Es steht auch, dass man die Plakatierung an den bisher erlaubten Standorten aufheben könnte und man soll in einem nächsten Schritt prüfen, ob man dort grad Plakatständer montieren könnte. Da sind wir aus mehreren Gründen dagegen. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde die Arbeit der Parteien übernimmt. Die Gemeinde hat bereits ein grosszügiges Angebot, wo sie gratis profitieren können von den Plakatständern an den bisherigen Standorten und auch von dem Gratisangebot vom Flyerversand. Wir finden, dass die Gemeinde schon viel macht, um die Parteien zu unterstützen. Es kann nicht sein, dass die kompletten Werbemassnahmen der Parteien ausgelagert werden an die Gemeinde. Es geht hier um eine Abwälzung von grossen Kosten. Die bisherigen Plakatständer werden kostenneutral plakatiert aufgrund eines Abkommens mit der Plakatgesellschaft. Wenn wir jetzt weitere Plakatständer anschaffen, dann haben wir nicht nur die Kosten der zusätzlichen Plakatständer, sondern plötzlich werden Kosten fällig zur Plakatierung. Da steht der Zusatznutzen in keiner Relation zum Mehraufwand. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass mit der jetzigen Regelung, die aufbaut auf der Selbstregulierung der Ortsparteien, wenn wir dies konsequent umsetzen mit einem angepassten Reklamereglement, Gewähr gegeben ist, dass die Plakatierungsflut ein Ende nimmt und wir wieder zu geordneten Verhältnissen zurückfinden. Man muss sich auch bewusst machen, dass wir hier nur vom öffentlichen Raum reden. Es ist weiterhin jedem erlaubt, innerhalb der Siedlung auf privaten Grundstücken so viel Werbeplakate anzubringen, wie er will. Darauf wird die Gemeinde nie einen Einfluss haben. Somit wird es auch weiterhin eine gewisse Form von freier Plakatierung geben. Zukünftig wird es aber nicht so sein, dass an jedem Baum und an jedem Fahnenmast Plakate hängen, wie wir es jetzt wieder erlebt haben im Hinblick auf die Abstimmung vom 17. Juni. Aus diesen Gründen ist der Gemeinderat davon überzeugt, dass wir genug machen, um die Plakatflut zu bekämpfen und zurückzuführen auf bisher gesittete Verhältnisse. Das Postulat zielt in eine falsche Richtung, wir bitten Sie darum das Postulat nicht zu überweisen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich bin mir bewusst, dass ich damit relativ viel wollte. Ich dachte, wenn wenigstens etwas davon kommt oder der Ball aufgenommen wird, dann ist schon etwas erreicht. Das wurde ja jetzt gemacht. Jetzt ist es wieder total übertrieben. Wieso macht man nicht jetzt schon etwas? Wir hätten ein Abkommen, es ist nicht ganz übersichtlich und überblickbar. Von dem, was jetzt im Dorf wieder hängt, könnte man 90% herunterreissen, weil es am falschen Ort ist. Aber es wird nichts gemacht. Liegt es daran, weil es die einen sind und nicht die anderen? Da dünkt mich die Handhabung momentan sehr schwammig. Es wäre schön, wenn man jetzt klar und strikt eine Linie verfolgt und die Sachen herunterholt. Es hat diverse Zebrastreifen, die man wegen den Plakaten nicht mehr sieht. Das ist eindeutig, das geht nicht. Aber es wird nichts gemacht, weil es eine Gruppierung ist, wo der eine es nicht so gerne hat, wenn man dort etwas macht. Ich finde es gut, was man machen möchte. Wenn das Reglement lesbar und klar formuliert ist, dann bin ich damit einverstanden und kann damit leben. Aus diesem Grund ziehe ich das Postulat zurück.

Cedric Roos, Präsident: .Auch dieses Postulat wurde zurückgezogen und hat sich damit erledigt. Wir machen jetzt Pause.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich stelle den Antrag, dass wir weiterfahren mit einem Traktandum und nachher Pause machen.

Cedric Roos, Präsident: Die Traktandenliste ist fertig. Wir können uns aber darauf einigen, dass wir bis 19.15 Uhr Pause machen, dann haben die Parteien die Möglichkeit die gleichlautenden Vorstösse zu konsolidieren, sofern erwünscht.

PAUSE

Cedric Roos, Präsident: Wir fahren mit der Sitzung fort und kommen zuerst zum Info-Fenster des Gemeinderates.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte nur kurz informieren. Am 12. Mai hat die Einweihung des Feuerwehrmagazins stattgefunden. Ich wurde dort von mehreren Personen darauf angesprochen, was mit der Installationsfläche passieren wird. Die Installationsfläche, wo die Sammelstelle und die Container waren, die gebraucht wurden für den Bau des Feuerwehrmagazins, wird jetzt nicht mehr gebraucht und zurückgebaut. Man ebnet die Erdhügel wieder aus, sodass die Wegmatten wieder in dem Zustand ist, wie sie vor dem Bau des Kreisels war. Der Gemeinderat hat mittlerweile beschlossen, den Auftrag zu vergeben. Dies wird in nächster Zeit also zurückgebaut.

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich möchte Sie über die Umsetzung des Alterskonzepts informieren. Ich habe Ihnen einen Auszug auf die Folie legen lassen, damit Sie wissen, um was es geht. In der Zwischenzeit ist dies umgesetzt. Seit dem 1. Januar 2012 haben wir Frau Sonja Schneeberger angestellt für die Fachstelle. Sie hat diese aufgebaut und dies ist jetzt abgeschlossen, offiziell wurde sie Mitte Mai eröffnet. Im Januar hat man angefangen mit dem Aufbau der Stelle, aber bereits in dieser Zeit gab es viele Beratungen und Informationen an die betreffenden Leute. Das zeigt, dass es eine Fachstelle ist, die sehr wichtig ist. Das Angebot von dieser Fachstelle umfasst Fragen im Bereich Finanzen, Sozialversicherungen, Wohnen, Gesundheit, Recht, Lebensgestaltung und die Ratsuchenden werden telefonisch oder persönlich kompetent beraten und unterstützt. Wenn Bedarf da ist, dann werden sie an spezifische Fachstellen weitergeleitet. Sie haben in den Unterlagen den Prospekt wo alles drauf steht, um was es geht. Hinten sehen Sie auch die Öffnungszeiten. Es gibt auch die Möglichkeit, dass man Vereinbarungen ausserhalb dieser Zeiten abmachen kann. Frau Schneeberger hat 80 Stellenprozent für die Leitung der Fachstelle. Ein zweiter Punkt aus dem Alterskonzept ist die Präsenzzeit der Spitex, die von 20.00 Uhr bis 22.00 Uhr erweitert wurde. Dies läuft seit dem 1. April so. Dort geht es aber nur um die Pflege. Beim Spätdienst und am Wochenende wird nur Pflege angeboten und kein hauswirtschaftlicher Dienst. Dies wurde auf den 1. April umgesetzt. Es läuft ziemlich gut, ist aber vielleicht noch zu wenig bekannt. Wenn es bekannt ist, davon bin ich überzeugt, wird es genutzt werden.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich war unmittelbar vor der Einwohnerratssitzung an einer Informationsveranstaltung über den EuroAirport. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt hat heute eine Vernehmlassung eröffnet, wo man mitwirken kann zu den geplanten Ausbauten respektive zur Entwicklung des EuroAirports Basel/Mulhouse. Da ging es im Zentrum darum, dass sich der Flughafen von heute circa 80'000 Flugbewegungen auf circa 150'000 Flugbewegungen entwickeln soll. Und es soll ein Bahnanschluss an das Hochleistungsbahnnetz erfolgen. Diese Unterlagen finden Sie alle auf dem Internet unter www.bazl.admin.ch. Private und Behörden haben die Möglichkeit mitzuwirken. Private nur bis am 23. Juni, Eingabeschluss, und Behörden bis am 27. August. Ich gehe davon aus, dass sich der Gemeinderat sicher dazu vernehmen lassen wird. Wenn Sie mitwirken möchten, dann können Sie das bis am 23. Juni tun.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zu den dringlichen Vorstössen von heute. Wir fangen an mit dem Geschäft 4070 dringliche Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Zwangsverschiebung ohne Ende.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Danke für das Einreichen dieser Interpellation. Zur ersten Frage. Bezeichnet der Gemeinderat Zwangsverschiebungen als soziale Bildungspolitik? Das kann kaum sein, dass wir dies als soziale Bildungspolitik bezeichnen. Der Gemeinderat sagt ganz klar, dass es eine Sparbildungspolitik ist, die grossmehrheitlich leider im Landrat abgesehnet wurde, inklusive der Fraktion der Postulanten.

Wieso kann es sein, dass Kinder aus der einwohnerstärksten Gemeinde des Kantons in eine andere kleine Gemeinde verschoben werden müssen? Ich möchte an dieser Stelle zeigen, mit welcher schwierigen Aufgabe die Schulleitung an die Schulkreissitzung gehen musste. Ich lege Ihnen diese Zahlen auf. Es ist richtig, dass Allschwil die einwohnerstärkste Gemeinde ist. Es geht hier um die Schülerzahlen. Wie Sie sehen, hat Binningen 152 Schüler und wir hatten 163 Schüler zu diesem Zeitpunkt. Diese Zahlen werden sich tagtäglich plus/minus 2 verändern, weil bis zum jetzigen Zeitpunkt die Einteilungen noch nicht ganz klar sind. Zum Schulkreis von Allschwil gehört Binningen, Oberwil und Therwil. Da werden alle Schülerzahlen zusammengerechnet und das AVS sagt, wie viele Klassen bewilligt werden. Im Niveau A sind die Klassengrössen 17 bis 18 Schüler, Niveau E sind es 22 Schüler und beim Niveau P sind es auch 22 Schüler. Es kommt natürlich immer darauf an, ob in jeder Gemeinde bei jedem Niveau die Zahlen unterschiedlich sind. Bei uns in Allschwil war es so, dass wir 30 Schüler hatten und dafür haben wir zwei Klassen erhalten, im E waren 77 Schüler und im P 56. Aufgrund dieser Zahlen hat man im E über drei Klassen diskutiert und im P auch drei Klassen. Sie dürfen sich jetzt nicht irritieren lassen, hier steht noch die Zahl 6. Zu diesem Zeitpunkt waren es zehn Kinder. Ich erkläre die Umstände nachher. In der Gesamtklassenzahl hat der Schulkreis vier Klassen weniger bewilligt erhalten. Die Schulleitungen mussten sich mit vier Klassen weniger herumschlagen und musste schauen, wie sie die Kinder einteilen und an welchen Orten. Die Allschwiler Schulleitung konnte aufgrund der Zahlen und der Diskussion die Klassenzahl halten, also acht Klassen. Binningen, das nur 10 Schüler weniger hat, hat eine Klasse verloren. Sie müssen demzufolge einen Teil der Kinder nach Allschwil abgeben. Oberwil hat auch eine Klasse weniger und Therwil verliert zwei Klassen. Therwil gibt im A und im P Schüler ab, Oberwil bekommt auch noch Schüler von Binningen. Es war eine sehr schwierige Situation für die Schulleitungen, hier das Bestmögliche herauszuholen. Weshalb es jetzt nur noch sechs Kinder sind, das liegt daran, dass die Schulleitung befunden hat, weil bei zehn Kindern keine Klasse mehr bewilligt wurde, die Schülerzahl auf 24 anzuheben. Das ergibt zwei Kinder mehr pro Klasse, darum bleiben zum jetzigen Stand sechs Kinder übrig, die nach Binningen gehen. Binningen schickt im P sechs zurück. Es ist eine wahnsinnige Rechnerei und die Schulleitung musste sich an Vorgaben halten, was nicht einfach war und ihnen auch nicht leicht gefallen ist. Ich hoffe, das ist ein bisschen verständlich. Ich weiss, dass es sehr kompliziert ist. Die Schulräte Sekundar haben sich sehr damit auseinandergesetzt und sie haben dies immer wieder nachgefragt. Ich habe mit der Schulleitung sehr früh Kontakt aufgenommen, um zu wissen, was hier genau geht. Es haben sich alle sehr bemüht, aber die gesetzlichen Vorgaben sind sehr eng. Welche konkreten Massnahmen hat der Gemeinderat unternommen, um eine Zwangsverschiebung von Kindern in die Nachbargemeinde zu verhindern? Ich habe der Schulleitung den Auftrag gegeben, wenn sie die Schulleitungssitzung, Schulkreisstandort, haben, mir danach sofort Bescheid geben. Das haben sie gemacht und mir gesagt, dass sie zehn Schüler haben, die sie nach Binningen schicken müssen. Daraufhin habe ich veranlasst, dass der Gemeinderat Allschwil mit dem Gemeinderat Schönenbuch und den Schulräten Sekundar einen schriftlichen Antrag an Regierungsrat Wüthrich gestellt hat. Ich habe mehrmals nachgefragt, ich war gestern persönlich bei ihm, allerdings auch aus einem anderen Grund. Ich habe ihn persönlich angesprochen, und er hat uns leider gesagt, dass der Brief immer noch unterwegs sei. Das ist jetzt drei oder vier Wochen her, nicht einmal die A-Post ist so langsam. Ich kann Ihnen hier jetzt keine Auskunft geben, aber das haben wir als Gemeinde veranlasst.

Wie, denkt der Gemeinderat, wird er die betroffenen Einwohner unterstützen? Da haben wir jetzt zwei Postulate auf dem Tisch. Der Gemeinderat hat kurz an der Sitzung von heute Nachmittag beschlossen, diese entgegenzunehmen.

Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass sich der Faktor Zwangsverschiebung von Kindern negativ auf den Standort Allschwil als Wohn- und Lebensgemeinde auswirkt? Ja, das sind wir uns sehr bewusst. Wir hoffen aber, dass die Landräte hier ein Einsehen haben und sich aktiv einbringen, damit man den Zustand verändern kann.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich bin zufrieden mit dieser Antwort. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass ich diese Interpellation nicht alleine unterzeichnet habe.

Cedric Roos, Präsident: Wird die Diskussion von der CVP-Fraktion gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir können die Diskussion nur durchführen, wenn die CVP-Fraktion dies beantragt, weil es eine Interpellation ist.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: In diesem Fall beantrage ich die Diskussion.

Cedric Roos, Präsident: Ich gehe davon aus, dass es dagegen keinen Widerstand gibt und wir beginnen sofort mit der Diskussion.

Pascale Uccella, SVP-Fraktion: Ich möchte etwas am Rand erwähnen und zwar nicht von der Fraktion aus, sondern als Schulrat. Wir vom Schulrat können leider nicht mehr mitreden. Wir wurden aus dem ganzen Prozedere herausgenommen. Wir werden nur noch vor vollendete Tatsachen gestellt. Wir vom Schulrat sind nicht glücklich, aber wir können es vom Gesetz her nicht ändern. Eine kleine Bitte von mir: Bitte, liebe Landräte von Allschwil, schaut doch, dass Allschwil/Schönenbuch aus dem Schulkreis Birsigtal herauskommt.

Josua Studer, SD, fraktionslos: Zum wiederholten Mal wird der Schwarze Peter den Landräten zugeschoben, die dort ja gesagt haben. Ich stelle wiederholt die Frage, ob ihr es lieber gehabt hättet, wenn man das ganze Geschäft hätte bachab gehen lassen, nur weil man das Thema der Verschiebungen der Schüler nicht wollte. Uns wurde damals zugesichert, dass dies nur in den äussersten Fällen stattfinden werde, es werden Einzelfälle sein und werden Fälle sein, die mehrheitlich im oberen Kantonsteil stattfinden, weil dort weniger Schüler sind. Uns wurde gesagt, dass es den unteren Kantonsteil nicht betreffen würde. Es ist nicht fair, wenn man jetzt die ganze Zeit den Landräten, die das damals beschlossen haben, dies unterschiebt. Ansonsten wäre ein grosses Problem im Waldenburgertal entstanden und es hätten dort viele Schüler darunter leiden müssen. Es ist traurig, dass man heutzutage einem Versprechen nicht glauben kann. Wenn jetzt einer, dem sein Kind nach Binningen in die Schule muss, umzieht nach Binningen, dann kann er ein Jahr später in der Situation sein, dass das Kind nach Therwil muss. Soll er dann wieder umziehen? Das muss man überlegen. Wir wollen eine attraktive Wohngemeinde sein. Leute kommen hierher, weil sie wissen, dass man hier diese Institutionen hat. Es kann nicht sein, dass man auf dem Buckel der Schüler spart. Ich verstehe nicht, dass man so viel Geld ausgibt für die Uni und Hochschulen, aber unten wird nicht geschaut, ob das Fundament gut ist. Es fängt keiner an mit dem Dach ein Haus zu bauen, zuerst kommt das Fundament. Wenn wir bei den Schülern so etwas machen mit diesem hin und her, dann stiften wir sozialen Unfrieden.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Morgen ist Landrat und ich werde dort dabei sein. Ich weiss, dass Kollege Keller auch Fragen stellen wird. Ich habe anfangs der Einwohnerratssitzung gesagt, dass ich das Bestreben hatte und habe es immer noch, dass alle Parteien sich äussern und gemeinsam sagen, dass sie etwas machen wollen. Ich möchte dem Gemeinderat Danke sagen. Der Gemeinderat macht etwas, dass er gar nicht muss, weil der Kanton zuständig ist. Der Gemeinderat hat sich letztes Jahr für die Menschen hier drin, die betroffen waren von etwas, was sie im Unterbaselbiet nicht hätten sein sollen, etwas gemacht und gesagt, dass sie materiell unter die Arme greifen möchten. Die Schulkreise sind so, die haben meine Kollegen beschlossen und ich habe sie bestätigt. Die Mobilität ist heute kein Thema mehr. Es ist auch eine Chance für ein Kind in diesem Alter zu lernen, einen Schritt in die Selbstständigkeit zu gehen. Das Problem, das wir haben, ist nicht das, dass die einen gehen müssen und die anderen nicht, sondern dass im gleichen Haus die einen gehen müssen und die anderen nicht. 78, das stand letzte Woche im AWB, von 2500 sind ein sehr kleiner Teil. Wir im Kanton, und da muss ich die Interpellationspartei anschauen, unterstützen das ausführliche Sparpaket mit dem Bildungsabbau. Wir in unserer Partei unterstützen dies eher nicht, weil wir sagen, dass man das nicht darf. Es geht um CHF 11'500'000, die der Regierungsrat einspart mit dieser Optimierung der Standortzuteilung, wie das heisst, und nicht Zwangsverschiebung. 78 Menschen müssen jetzt gehen und das gibt eine strukturelle Ungerechtigkeit. Es ist richtig, dass dies im Oberbaselbiet schon immer so war. Es geht um das nächste Schulhaus, das möglich ist. Aber im Oberbaselbiet gehen alle in das nächste Schulhaus, das möglich ist, und sie gehen zusammen. Bei uns werden 6 oder 10 Kinder von 80, 13%, verschoben. Das bedeutet Kosten und diese Kosten kommen auf die Menschen zu. Ich gehe nicht gross auf das Postulat ein. Es wissen alle, was mein Ansatz ist. Der Vater kann, als Beispiel nehme ich den Kolleg in Oberwil, der bei der Bauverwaltung arbeitet, dies von den Steuern abziehen. Er kann sogar noch Mittagsentschädigung bei den Steuern geltend machen. Wenn die Tochter nach Oberwil in die Schule müsste, dann muss sie

ein U-Abo lösen oder kann allenfalls beim Vater mitfahren. Das sind strukturelle Kosten, die auf die Familien zukommen. Ich als Vertreter von Allschwil kämpfe dafür, wenn der Kanton dies noch nicht geschafft hat, dass die Eltern gleichberechtigt sind bei den Mehrkosten. Ich meine da vor allem die Fahrtkosten. Beim Essen kann man darüber streiten. Es gibt auch andere Gesetze, zum Beispiel bei der Arbeitslosenversicherung, da ist es normal, dass die Leute ein Taggeld bekommen, wenn sie auswärts sind. Dort werden sie hinbefohlen und dann müssen sie gehen, aber sie erhalten eine Entschädigung. Bei der Sozialhilfe bekommen die Leute das auch, wenn sie an einem Programm teilnehmen, sie erhalten dann CHF 100 mehr. Wir machen das für die Kinder noch nicht. Wie gedenkt der Gemeinderat die betroffenen Eltern als Einwohner und Steuerzahler der Gemeinde zu unterstützen? Ich bitte den Gemeinderat dies entsprechend zu berücksichtigen und so aufzunehmen.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich finde das auch schwierig, das ist eine Vorgabe des Kantons und wir müssen uns wehren. Ich habe mir überlegt, ob man das Problem auch anders lösen kann. Ich selber bin auch Lehrperson, ich habe ursprünglich an der Primarschule gearbeitet in Lauwil. Dort hatte ich sechs Klassen in einer Schulstufe. Ich habe dann weiter studiert und arbeite jetzt an der Handelsschule. Hat man auch überlegt, die Sekundarstufe zweistufig zu fahren? Ein P-Schüler neben einem E-Schüler? Oder ein E- mit einem A-Schüler? Da könnten sie vielleicht gegenseitig profitieren und es könnten alle in Allschwil in die Schule gehen. Ich möchte dies nur in die Runde werfen, ich sage nicht, dass dies Wunder bewirkt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es gibt bereits Auswirkungen, dass gut verdienende Leute von Allschwil weggegangen sind aus diesem Grund. Ich kenne drei Familien, die mit meinen Kindern in die Schule sind und die verdienen wirklich viel Geld. Die sind weggegangen und haben gesagt, dass sie dieses Spiel nicht mitmachen. Wenn sie nicht angewiesen sind auf ihr Steuergeld und sich nicht für sie einsetzen – das ist jetzt einfach ihre Äusserung -, dann gehen sie lieber in eine andere Gemeinde, wo sie wissen, dass sie dort bleiben und alles neu aufbauen können. Sie sind nicht mehr im Kanton Baselland, sie wollten das nicht mehr. Das finde ich schade und es sind Auswirkungen, die wahrscheinlich, wenn das so weitergeht, immer mehr kommen werden.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich wollte kurz Frau Gosteli antworten. Ich nehme das gerne auf und spreche es bei der Schulleitung an, ob dies von den gesetzlichen Grundlagen überhaupt möglich wäre. Es wurde bisher nicht diskutiert, ich werde es aber gerne aufnehmen.

Peter von Arx, FDP/GLP-Fraktion: Ich glaube, es ist unbestritten, dass der Betrag, den wir für die sechs Schüler benötigen, kein grosser Betrag ist. Darüber müssen wir glaub nicht diskutieren. Ich bin auch irgendwann einmal in die Schule. In der Primarschule waren 36 Personen und im HG waren es 36 und in der Handelsschule waren es 28. Jetzt reden wir über 22 Schüler. Wenn wir nur drei mehr hätten pro Klasse, dann hätten wir das Problem bereits gelöst. Ich frage mich, ob es infrastrukturell nicht möglich wäre, diese drei Personen aufzunehmen. Ich begreife, dass der Kanton diese Richtlinien macht, aber dort wäre ein wesentlicher Punkt. Die Analyse, die Franziska Pausa vorhin gezeigt hat, zeigt uns eigentlich, wenn wir pro Klasse drei Schüler mehr hätten, dass dieses Problem gelöst wäre. Wir sollten vielleicht dort flexibler sein. Da muss ich Andreas Bammatter und den Landräten sagen, dass sie dies einbringen sollen. Dort könnte man viel Geld sparen und auch einen Haufen Unsinn.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Das mit dem Auffüllen der Klassen ist eine heikle Sache. Wir haben jetzt bereits Klassen auf 24 erhöht, 26 wäre die Obergrenze. Weil immer noch offen ist, ob noch jemand kommt oder geht, möchte die Schulleitung dies offen behalten. Kein Lehrer ist daran interessiert, dass seine Klasse komplett bis an den Rand gefüllt ist. Wenn wir die Klassen so füllen und es zieht jemand zu, dann müssen wir dem sagen, dass es nach Oberwil muss. Das ist keine mögliche Lösung und das liegt auch nicht im Bestreben der Lehrer und der Eltern, die heute darüber diskutieren, dass die Klassen möglichst klein gehalten werden sollen, bei allen Problematiken, die es heute in den Klassen gibt. So können die Kinder auch wirklich ausgebildet werden. Davor möchte ich sehr warnen, diese Idee weiter zu verfolgen.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Es ist so, wie Herr von Arx es angetönt hat, es wird Phantasie verlangt. Vielleicht ist das nicht die Idee, die durchbricht. Wir müssen uns aber Sachen einfallen lassen,

die wir noch nicht angedacht haben, wenn wir diese Kinder in Allschwil behalten möchten, falls dies wünschenswert ist. Ich finde, dass es das wäre. Ich habe keine Freude, wenn man Kinder in ein anderes Dorf schickt und es nur einzelne sind. Alle alten Kollegen bleiben im Dorf zurück und pflegen dort weiterhin ihre Freundschaften. Ich möchte auch, dass sie möglichst hier bleiben dürfen. Sechs E-Schüler hierher und sechs P-Schüler dorthin, haben wir vorhin gehört. Es gibt ja immer Grenzgänger, die auf der Kippe sind. Es ist immer die Frage, welches Kind hinauf soll, und ich möchte die Kinder auch nicht überfordern, nur weil wir hier ein Strategiespiel machen. Aber dies könnte auch ein Teil der Lösung sein. Vielleicht muss man dann ein bisschen unter die Arme greifen, aber es könnte es schaffen im P. Dafür muss man eines weniger nicht nach Binningen schicken. Ohne Aufwand geht es nicht.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich möchte zuerst Franziska Pausa danke sagen für die ausführliche Antwort. Wie Stephan Wolf vorhin gesagt hat, war es nicht allein sein Anliegen, sondern das der ganzen CVP und auch von mir. Ich habe dies letztes Jahr angerissen und ich finde es sehr wichtig. Es ist breit abgestützt hier drin, dass etwas gehen muss. Es werden verschiedene Sachen hier diskutiert, ob es realistisch ist oder nicht. Wir haben von Regierungsräten gehört, die Sachen versprechen und nicht halten. Wir haben auch von Regierungsrat Wüthrich gehört, der drei bis vier Wochen braucht, um einen Brief zu verschicken. Das macht mich wütend, wenn ein Regierungsrat sich derart darum foudert, was in der grössten Gemeinde und in einer der wichtigsten Gemeinde des Kantons passiert. Ich finde das ein sehr grosses Armutszeugnis und ein Affront gegenüber Allschwil. Wieso erlaubt er sich, derart nichtig auf ein Begehren eines Gemeinderates von Allschwil zu reagieren. Andreas Bammatter hat vorhin gesagt, dass etwas gemacht wurde von einem Gemeinderat, dass er gar nicht muss, nämlich in die Offensive zu treten. Ich bin da etwas anderer Meinung. Als Allschwiler und als gewählte Person in Allschwil ist man verpflichtet, um in die Offensive zu treten und für Allschwil einzustehen. Wir müssen etwas unternehmen, das mit den Rechenspielen und Zahlen geht nicht. Wir haben die Zahlen vorhin gesehen, sie wurden zusammengestellt. Ich habe nicht ganz alles begriffen, weil die Zahlen immer etwas in der Schwebe sind. Es zeigt aber ganz klar, dass Allschwil am meisten Schüler hat und am meisten Leute in andere Gemeinden verschieben muss. Das kann so nicht sein, wir müssen etwas dagegen machen. Wir möchten weiterhin auf konstruktive Ideen hoffen, um dies anzugehen. Ziel ist, dass Allschwil keinen einzigen Schüler verschiebt, ob dies der Kanton will oder nicht. Da muss man vielleicht etwas den Ungehorsam bewegen oder kreativ sein, aber das muss unser Ziel sein.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Kurz zu den Rollen. Die Schulleitung macht es im Schulkreis, der Schulrat ist mitverantwortlich. Der Gemeinderat erbringt uns eine Dienstleistung, hat aber eigentlich nichts zu sagen dazu. Der Gemeinderat muss es nicht tun, es ist die Schulleitung und der Schulrat.

Pascale Uccella, SVP-Fraktion: Lieber Herr Bammatter, der Schulrat hat gar nichts zu sagen, das habe ich vorhin gerade probiert richtigzustellen. Der Schulrat darf es nur noch abnicken, mehr dürfen wir nicht.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Wir müssen es jetzt nicht zu Ende diskutieren. Ihr könnt mit dem Regierungsrat reden, ihr seid die Vertreter dort.

Pascale Uccella, SVP-Fraktion: Das haben wir gemacht.

Cedric Roos, Präsident: Ich möchte hier unterbrechen, den Schwarzen Peter könnt ihr euch bilateral zuschieben.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Zuerst eine Antwort an Christoph Benz. Wenn beim Entscheid der Eltern, die diesen in der Familie machen zusammen mit den Pädagogen und Pädagoginnen, welches der optimale Weg ist, auch noch die Frage dazu kommt, wo ist das Glas voller oder weniger voll, dann ist das zu viel. Da machen wir ein Wunschrad und drehen es, und je nach Zahl teilen wir zu. Das kann es nicht sein. Wenn noch der Schulweg mitentscheiden soll, dann kann ich das nicht unterstützen. Die Eltern und die Pädagoginnen und Pädagogen tragen genug Verantwortung mit den Kindern zusammen den Weg zu finden. Ich als Pädagoge darf sagen, wenn ich eine Chance spüre, nicht immer zur Freude der anderen Lehrerinnen und Lehrer, dann ermutige ich den Wechsel zu machen, und meistens packt das Kind es dann auch. Es wurde die Schülerzahl erwähnt. Peter, wie alt sind wir zwei? Früher habe ich mit

33 Schülerinnen und Schüler angefangen, 1972. Ich bin seit 40 Jahren Pädagoge, der älteste Dubel im Bettenacker. Aber es geht heute nicht mehr so. Es gibt keine optimale oder maximale Zahl. Ich habe am Montag einen neuen Schüler bekommen. Wenn ich mit 25 anfange, dann wird es einfach noch grösser. Wenn ich meinen Schülerinnen und Schüler sage, wenn sie motzen, weil der Hauswart die Bälle wegnimmt, dass ich auf der Strasse am Lindenplatz "geschüttet" habe, dann schauen sie mich an und fragen, wie alt ich bin. Ich habe dann Mühe manchmal zu sagen, dass ich 50 Jahre älter bin als sie. Man kann das heute nicht mehr so machen, die Zeiten sind anders. Die Familien sind anders und auch unsere Kulturkreise. Ich habe lange im Sport unterrichtet. Wenn heute irgendetwas passiert, dann steht nicht das Mami auf der Schwelle, sondern der Anwalt. Das geht heute nicht mehr mit den grossen Klassen. Ich möchte den Vergleich mit früher vergessen. Wir alle, die Kinder in der Schule haben, wissen, dass wir als Eltern und Pädagogen unsere Aufgaben haben. Ich hoffe, wir nehmen sie alle ernst. Bitte nicht an den Klassengrössen herumschrauben. Es braucht sicher kreative Lösungen, da habe ich nichts dagegen. Wenn es um Rechenspiele geht, dann müssen wir mit diesem Postulat ein Zeichen setzen, und zwar alle zusammen. Nicht der Gemeinderat, sondern wir als Einwohner machen ein Postulat. Die Rechenspiele muss der Landrat weitermachen. Dort sind auch die Landräte gefordert, die dort sagen, dass dies nicht geht. Es kann wirklich auch Allschwil treffen, aber bitte ändert nichts an der Klassengrösse.

Josua Studer, SD, fraktionslos: Ich möchte an der Klassengrösse anschliessen. Ich finde es absolut unhaltbar, dass man budgetiert und sagt, so viele Schüler haben wir und so viele kommen eventuell noch dazu. Dann werden die Plätze reserviert und es werden zwei nach Binningen geschickt oder wohin auch immer. Es kann nicht sein, dass jemand, der zuzieht, besser gestellt wird als jemand, der schon länger da ist. Das haben wir bereits vor einem Jahr diskutiert. Man kann nicht auf zusehen hin rechnen. Wenn dann die Person nicht zuzieht, oder sie kommt und hat keine Kinder, dann ist dieser Stuhl frei und das andere Kind ging ein Jahr lang in eine andere Gemeinde in die Schule. Wir müssen damit aufhören und den Ist-Zustand nehmen. Wenn jemand nach Allschwil zieht, dann muss er damit rechnen und sich vorher informieren. Wenn jemand in Binningen wohnt, dann kann es ihm genau gleich gehen, nämlich dass sein Kind nach Allschwil muss. Es ist schön, wenn wir jetzt hören, dass der Schulrat aus der Diskussion herausgenommen wurde. Aber dann steht doch bitte auf, steht auf die Stühle, und wenn das nicht reicht auf den Tisch. Ihr seid die Aufsichtsbehörde. Dann habt ihr euch zu wenig gewehrt. Ich bin nicht in diesem Schulrat, sonst hätte es anders getönt. Der Schulrat ist die Anstellungsbehörde und die Aufsichtsbehörde. Werdet euch bewusst, dass dies eure Aufgabe ist und sagt das denjenigen, die euch den Mund verbieten wollen. Damit kommt ihr vorwärts.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Als ich das erwähnt habe wegen den Zuziehenden aus Oberwil etc., habe ich gemerkt, dass ich den zweiten wichtigen Teil vergessen habe. Es gibt auch Kinder, die eine Klasse wiederholen müssen. Das sind auch solche, die hier wohnen und integriert sind. Es geht nicht nur um die Zuzüger, es gibt auch immer Umstände, wo Kinder innerhalb von Allschwil wechseln müssen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die Diskussion zeigt deutlich, dass mit dieser Zwangsverschiebung niemand glücklich ist. Das Problem liegt darin, dass es ein übergeordnetes Gesetz ist des Kantons und dem müssen wir uns mehr oder weniger fügen. Ich bin sehr froh darum, dass sich der Gemeinderat dieser Sache so ausführlich annimmt. Ich möchte es nicht unterlassen, was am Anfang ein bisschen zu kurz gekommen ist, dem Gemeinderat für die Interpellation zu danken und auch dafür, dass der Gemeinderat in Aussicht gestellt hat, die beiden Postulate entgegenzunehmen.

Peter von Arx, FDP/GLP-Fraktion: Ich möchte mich Christoph anschliessen und für die Antworten danke sagen. Wir reden nicht über 50 oder 60 Leute, sondern wir reden pro Klasse über zwei Personen, die aus dem eigenen Umfeld genommen werden und plötzlich an einen anderen Ort gehen müssen, sich dort einleben müssen und den ganzen Tag dort sind. Das Beziehungsfeld ist auch wichtig. Und ich frage mich, ob es mit 20, 22 oder 23 Schülern einen qualitativen Unterschied macht im Lehrbetrieb. Ich meine, dass es das nicht macht. Wir hatten immer Leute, die weggehen und wiederkommen. Ich habe wenig Verständnis dafür, darüber müssen wir vielleicht noch diskutieren. Umsiedlungen sind nicht primär das Problem mit dem Geld, sondern das Problem des Umfelds.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Nur kurz, wir schauen das nachher noch genauer an. Ich habe gesehen, dass der Schulratspräsident auch hier ist, den du fragen kannst. Ich weiss nicht, woher du denkst, dass es pro Klasse zwei Kinder sind. Das sind ja alle Schüler, die im E sind in Allschwil, diese

werden geteilt durch 22. Dann bleiben zehn übrig. Jetzt hat man die Klassen aufgefüllt und jetzt sind es noch sechs. Diese sind noch nicht eingeteilt, aber wir können es vielleicht nachher verständlich klären.

Cedric Roos, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Die Diskussion ist beendet und die Interpellation ist beantwortet.

Wir kommen zu den nächsten Geschäften. Es geht um Geschäft 4071 und 4072. Es gab in der Pause keine Einigung oder Konsolidierung. Dadurch stehen wir vor einem kleinen formalen Problem. Wir haben zwei Postulate und können reglementarisch nur eines überweisen. Der Gemeinderat möchte aber beide übernehmen. Darum stelle ich den Antrag, dass wir sie gemeinsam behandeln und gemeinsam überweisen. Dafür brauchen wir ein Zweidrittelsmehr.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Wir übergeben dem Gemeinderat den Auftrag, eine Lösung zu suchen aus zwei Postulaten. Nein. Wir, als Volksvertreter, geben gemeinsam den Auftrag an den Gemeinderat. Mit zwei Postulaten kann der Gemeinderat eine Lösung finden. Wir sind die Volksvertreter. Wir haben hier Leute aus allen Schichten und Quartieren, Schulrätinnen, Pädagoginnen und Leute, die Kinder in der Schule begleiten. Ich appelliere, dass wir uns auf ein gemeinsames Vorgehen einigen und dass von jeder Partei am Schluss jemand sagt, dass er seine Unterschrift gibt. Ich hoffe, dass auch die CVP mitmacht. Es geht nicht um Details, sondern darum, dass wir zusammen als Einwohnerrat ein Zeichen setzen. Der Gemeinderat hat nachher den Auftrag und wird weiterarbeiten. Ich möchte nicht, dass der Gemeinderat etwas macht und dann im Juni reden wir wieder darüber. Die Eltern, die Betroffenen und wir alle hier drin warten auf ein Zeichen. Wir haben jetzt die Chance, zusammen ein Zeichen zu machen. Wir, der Einwohnerrat, machen das.

Cedric Roos, Präsident: Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir dies in der Pause probiert haben und es gescheitert ist. Wir können es gerne nochmals probieren, sollte mein Antrag zur gemeinsamen Behandlung abgelehnt werden, dann können wir sie getrennt voneinander behandeln.

Josua Studer, SD, fraktionslos: Ich finde das Vorgehen nicht abwegig. Es sind zwei Postulate. Wären es Motionen, dann würde es kompliziert werden. Ich gehe davon aus, dass unser Gemeinderat unsere Sorgen gehört hat. Er kann daraus einen Mix machen. Es war bestimmt schwierig während der Pause, auch wenn sie eine gewisse Länge hatte, einen Konsens zu finden, weil bei gewissen Leuten auch Parteiinteressen da sind. Es ist nicht einfach, in dieser Kürze etwas Gemeinsames zu machen. Wenn wir dies vertrauenswürdig dem Gemeinderat übergeben, dann kann ich mir vorstellen, dass er in der Lage ist, dies uns bis zur Juni-Sitzung vorzutragen und unter Umständen auf dem Mail-Weg vorgängig zuzustellen. Ich wünsche den Vorgang so, wie es der Präsident vorgeschlagen hat.

Cedric Roos, Präsident: Ich bitte zum jetzigen Zeitpunkt nur um Voten, die meinen Antrag betreffen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich stelle den Antrag, dass wir die zwei Sachen gegenüberstellen, abstimmen und dann ist die Sache gegessen.

Cedric Roos, Präsident: Das ist ein anderslautender Antrag, der zwangsläufig kommt, falls mein Antrag abgelehnt wird. Ich möchte zuerst über meinen Antrag über eine gemeinsame Überweisung abstimmen. Wir brauchen dafür ein Zweidrittelsmehr.

://

24 Stimmen sind das Zweidrittelsmehr. Dies wurde erreicht mit 25 gegen 7 Stimmen.

Damit werden wir die beiden Geschäfte, 4071 und 4072, gemeinsam behandelt. Der Gemeinderat empfiehlt Entgegennahme. Gibt es einen anders lautenden Antrag aus dem Rat? Das ist nicht der Fall, somit sind beide Postulate an den Gemeinderat überwiesen und wir sind am Ende der Sitzung. Ich danke Ihnen herzlich und wünsche viel Spass beim Match heute Abend.

ENDE